

## Werk

**Titel:** Buchbesprechungen

**Ort:** Bern

**Jahr:** 2003

**PURL:** [https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432\\_0018](https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0018) | LOG\_0023

## Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.  
SUB Göttingen  
Platz der Göttinger Sieben 1  
37073 Göttingen

✉ [info@digizeitschriften.de](mailto:info@digizeitschriften.de)

## Buch- besprechungen

*Cindy Forster, The Time of Freedom. Campesino Workers in Guatemala's October Revolution. University of Pittsburgh Press, Pittsburg/PA 2001, xvi + 287 Seiten, \$ 34.95s*

MIT Hilfe der US-amerikanischen Central Intelligence Agency drangen im Juni 1954 Truppen unter der Führung des Obersts Carlos Castillo Armas über die Grenze von Honduras in Guatemala ein. Sie brachten in kurzer Zeit die demokratisch gewählte Regierung von Jacobo Arbenz Guzmán zu Fall. Der Putsch bedeutete das Ende einer zehnjährigen Periode von sich immer mehr zuspitzenden sozialen und politischen Kämpfen. Die US-Regierung hatte Arbenz zuletzt als linksradikal eingestuft, obwohl seine Politik eher sozialdemokratisch war. Ein paar Tage vor der Invasion, am 25. Mai, hatte der amerikanische Außenminister John Foster Dulles grünes Licht für den Überfall gegeben, nachdem er der Regierung Guatemalas kommunistische Sympathien vorgeworfen hatte. Es ist oft darüber spekuliert worden, ob nicht die United Fruit Company (UFCo), die in Guatemala wichtige Bananenplantagen besaß, die eigentlich treibende Kraft beim Putsch gewesen sei – eine Vermutung die u. a. mit der Feststellung untermauert wurde,

daß Dulles vor dem Krieg als Rechtsberater von UFCo gearbeitet hatte, während sein Bruder, der CIA-Chef Allen Dulles, sogar Präsident von UFCo gewesen war. Diese Hypothese ließ sich bisher nicht erhärten, obwohl feststeht, daß UFCo spätestens seit 1952 versucht hat, die US-amerikanische Regierung gegen Arbenz zu mobilisieren. Auf jeden Fall weist diese Verdächtigung auf die politische Bedeutung der Agrarverhältnisse hin.

Die Reformperiode 1944–54 umfaßt zwei Phasen: die Jahre des vorsichtigen Präsidenten Juan José Arévalo Bermejo (1944–51) und die Jahre des energischen Arbenz (1951–54). Die gesamte Periode wird von den guatemalteckischen Unterschichten auch »Die Zeit der Freiheit« genannt. Ihre Geschichte wurde bisher vor allem aus zwei Perspektiven geschrieben: »von oben«, aus der Sicht der internationalen Beziehungen und der Staatsaktivitäten, oder »von den Städten aus«, aus der Sicht des Bürgertums oder der urbanen Arbeiterschaft. In ihrem Buch *The Time of Freedom* entwickelt Cindy Forster eine dritte Perspektive: die der campesinos, der armen Bauern und Bäuerinnen. Auf der Basis von zum Teil ausführlichen Interviews aus den Jahren 1989–91 und archivalischen Forschungen in Guatemala und Mexiko rekonstruiert sie die Ereignisse in zwei Regionen: San Marcos, das an das mexikanische Chiapas grenzt; und Tiquisate im pazifischen Tiefland. In San Marcos lebten vornehmlich kaffeeproduzierende indígenas, in Tiquisate vor allem auf den UFCo-Bananenplantagen arbeitende ladinos, Nachkommen der spanischen Eroberer. Trotz der großen Unterschiede zwischen beiden Regionen, spielten beide eine zen-

trale Rolle in den sozialen Kämpfen der vierziger und fünfziger Jahre.

»Die Zeit der Freiheit« brach an, als landesweite Rebellionen den profaschistischen Diktator Jorge Ubico vertrieben. Der 1930 aufgrund von arbeiterfreundlichen Versprechen gewählte General hatte sich nach seiner Machtübernahme als neofeudaler Herrscher entpuppt, der Folter und Zwangsarbeit in großem Stil zuließ. Ubico hatte ein Gesetz gegen die Landstreicherei eingeführt, das alle männliche Kleinbauern und Landlosen zwischen 18 und 50 Jahren zum Dienst auf Plantagen oder öffentlichen Bauten verpflichtete. Viele campesinos und andere Arme mußten mehr als die Hälfte des Jahres Zwangsarbeit verrichten, gegen einen Hungerlohn oder (im Falle der öffentlichen Bauten) gänzlich ohne Bezahlung. Im Juni 1944 brach in Guatemala City ein Generalstreik gegen Ubico aus und erzwang seinen Rücktritt. Unmittelbar vor seinem Abgang ernannte der Präsident ein zuverlässiges Triumvirat, das den Aufstand niederschlagen sollte. Am 20. Oktober 1944 kam es dann zu einem allgemeinen und geplanten bewaffneten Aufstand, an dem sich viele Tausende von städtischen Arbeitern, Soldaten und Studenten beteiligten. Nach wenigen Tagen mußten auch Ubico's Marionetten zurücktreten. Damit war die guatemaltekeische »Oktoberrevolution« Wirklichkeit geworden und zaudernde Sozialreformen konnten ihren Anfang nehmen.

Forster rekonstruiert eindrucksvoll, was sich vor und nach den Oktobertagen in San Marcos und Tiquisate ereignete. Sie beschreibt die Formen des Widerstandes gegen die Zwangsarbeit unter Ubico, die illegalen Überlebensstrategien der ar-

men Landarbeiter (u. a. den umfangreichen Schmuggel mit Chiapas), aber auch die andauernde und durch die Revolution keineswegs geringer werdende sexuelle Gewalt gegen Frauen, die leider auch ein Teil der maskulinen Widerstandskultur war. Sie beschreibt ebenfalls wie in den Jahren 1944–54 viele kleinere und größere Gewerkschaften gegründet wurden, sich eine unzensurierte Presse ausbreitete und Proteste immer zahlreicher wurden. In der Bananenregion kam es in den Jahren 1948, 1951 und 1952 zu massiven Arbeitskämpfen. Forsters Fallstudien verdeutlichen, wie kompliziert das dynamische Verhältnis zwischen dem progressivbürgerlichen Staat und den Bewegungen der Arbeiter und campesinos war. Die Protestbewegungen trieben die Reformen der Regierung voran, und gleichzeitig vergrößerten die staatliche Maßnahmen wiederum den politischen und sozialen Manövrierraum für die Unterschichten. So verabschiedete die Nationalversammlung 1947 ein Arbeitsgesetz das den Achtstundentag und die Fünftagewoche einführte – allerdings mit Ausnahme von landwirtschaftlichen Betrieben mit weniger als 500 Arbeitern und industriellen Unternehmen mit weniger als zehn Werkangehörigen. Im Jahr danach wurden auch Arbeitstribunale eingeführt, die den Lohnabhängigen elementare Rechte garantieren sollten.

Die sozialen Fortschritte polarisierten allerdings die politischen Verhältnisse. Die Oberschichten, die katholische Kirche und die multinationalen Unternehmen betrachteten die Entwicklung des Landes mit Argwohn, da sie einen zunehmenden kommunistischen Einfluß befürchteten. Im Jahr 1949 unterstützten sie mehrere Putschversuche, die jedoch

alle durch Straßenkämpfe der Arbeiter vereitelt wurden. Als Folge dieser reaktionären Vorstöße radikalisierten sich die Unterschichten weiter. 1951 fusionierten die gemäßigten und die kommunistischen Gewerkschaften. Die Zahl der Streiks wuchs. Die Regierung reagierte auf den Druck der campesinos und verabschiedete am 17. Juni 1952 ein Gesetz zur Landreform, das eine Umwälzung der agrarischen Eigentumsverhältnisse einleitete und in gewissem Sinne eine Kriegserklärung an die Oligarchie und UFCo bedeutete. Latifundien sollten aufgeteilt werden, zum Vorteil von ungefähr ein Sechstel der Guatemalteken. Forster beschreibt im Detail wie in den nächsten zwei Jahren in San Marcos und Tiquisate breite Kampagnen zur Landverteilung organisiert wurden, während die Großgrundbesitzer sich mit List, Tücke und Gewalt widersetzen.

Die von Forster befragten campesinos erinnern sich an die vierundzwanzig Monate der Agrarreform als an »das Goldene Zeitalter«. Und es ist natürlich kein Zufall, daß die CIA genau in dieser Periode ein Destabilisierungsprogramm in Kraft setzte, das gezielt versuchte, dem relativ bescheidenen Sozialexperiment ein Ende zu bereiten. Der Putsch von 1954 war das Resultat. Castillo Armas machte die Reform rückgängig, zerschlug viele Gewerkschaften und verhaftete Tausende Reformer. Nicht nur viele Guatemalteken, sondern auch andere Lateinamerikaner sahen in dieser Niederlage den Beweis für die US-amerikanischen Allmacht.

Forster wirft mit ihrer wichtigen Studie neues Licht auf die Guatemaltekeische Reformperiode. Ihr Buch hat nur eine wesentliche Schwäche: Es ist unlogisch

aufgebaut, macht chronologische Sprünge und setzt umfangreiche Kenntnisse der zentralamerikanischen Geschichte voraus. Aber dieser Mangel kann die Bedeutung der Arbeit kaum schmälern.

Marcel van der Linden.

---

*Tariq Ali: Fundamentalismus im Kampf um die Weltordnung. Die Krisenherde unserer Zeit und ihre historischen Wurzeln, Heinrich Hugendubel Verlag, München 2002, 416 Seiten, 23 Euro*

NEGRI und Hardt, die Autoren des »Empire, irren« sagte Tariq Ali kürzlich in einem Interview mit der brasilianischen Zeitschrift *Mão Única*: Nationalstaaten existierten weiter, man denke nur an starke Staaten wie Deutschland, China oder die USA, und sie seien auch durchaus in der Lage, ihre Bevölkerung in Krisenzeiten zu schützen. Der einzige Unterschied zur Vergangenheit sei, dass es heute nur noch ein einziges Imperium gäbe – und das sei keine nebulöse Entität wie sie den *Empire*-Autoren vorschwebte, sondern ein »realer, lebender Organismus mit einem Namen: die Vereinigten Staaten von Amerika«.

Tariq Ali gibt keine Ruhe. Unermüdlich schreibt, reist und redet er. Das ist gut so. Denn die meisten Intellektuellen sind mittlerweile kleinlaut geworden oder gar verstummt, und viele ehemalige Linke haben ihren Frieden mit dem Establishment gemacht – »von der neoliberalen Dampfwalze überrollt«, würde Ali sagen. Er, der Schriftsteller, Journalist und

Filmemacher, ist sich indes treu geblieben. 1943 in Lahore geboren, als die Stadt noch indisch war und unter britischer Kolonialherrschaft stand, wuchs er in einer muslimischen Adelsfamilie auf. Seine Eltern waren beide aktive Kommunisten. Als 20-jähriger verließ Ali Pakistan aus politischen Gründen, studierte Philosophie und Politik an der Oxford University. Dort wurde er bald zum ersten pakistanischen Vorsitzenden der Studentenvereinigung gewählt. Wegen seines Widerstands gegen die Militärdiktatur in Pakistan konnte Ali nicht zurückkehren. Er blieb im Londoner Exil und wurde britischer Staatsbürger. 1966 war er ein Mitglied der Bertrand-Russell-Friedensstiftung, bereiste die kriegsverwüsteten Länder Vietnam, Laos und Kambodscha sowie den Nahen Osten. Zwei Jahre später zählte er bereits zu den herausragenden Wortführern und Vordenkern der internationalen Studentenbewegung.

Seit dem 11. September 2001 sind die USA noch mehr ins Zentrum von Alis Kritik gerückt. Das neue, das einzige Imperium in der Welt mache kein Hehl aus seinen Absichten: »Die amerikanische Administration nutzt die Ereignisse vom 11. September, um die Weltkarte gemäß ihren ökonomischen, politischen und strategisch-militärischen Interessen neu zu ordnen. Die Vorstellung, die vor allem unter bestimmten Liberalen und NROs (Nichtregierungsorganisationen) verbreitet ist, wonach die Interventionen des Westens seit Beendigung des Kalten Krieges humanitärer Natur seien, ist ein übler Witz. Diese Interventionen dienen dazu, neue Märkte zu eröffnen und Kontrolle auszuüben«, sagte Ali auf einer Versammlung in Birmingham am 15. September 2002. Es sei auch ein Trugschluss zu glau-

ben, die US-Regierung plane einen Angriff auf den Irak, weil sie den Islam hasse, so der Mitherausgeber des *New Left Review* weiter. In der Vergangenheit hätte sie Islamisten sogar skrupellos eingespannt, um ihre Feinde – allen voran die UDSSR – zu bekämpfen. Tatsächlich ginge es der amerikanischen Regierung ums Öl – denn Öl bleibe der essentielle Rohstoff, der den globalen Kapitalismus anfeuere. Was also nach einem Konflikt zwischen dem amerikanischen Imperium und der islamischen Welt aussehe, sei in Wahrheit ein Kampf um die dauerhafte Kontrolle der Ölreserven in der Region. Und Ali setzt noch einen drauf: Die alenthalben vorgebrachte Begründung für einen Militärschlag gegen das Land am Tigris laute, Saddam Hussein habe nukleare Waffen. Bewiesen sei das nicht. Doppelmoral der USA: Israel nämlich sei tatsächlich nuklear bewaffnet und eine Besatzungsmacht, dennoch aber kein Anlass für eine militärische Intervention. Saddam sei doch ein Diktator und könnte diese Waffen gebrauchen, erwiderten die Kriegsbefürworter. »Verzeihung!«, ruft Ali aus, »Das einzige Land in der Welt, das bislang nukleare Waffen eingesetzt hat, war keine Diktatur – es waren die USA, die weltgrößte Demokratie, die seinerzeit Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarf und Hunderte, Tausende Zivilisten tötete. Um das klar zu stellen: Diese Angelegenheit hat mit Demokratie und Diktatur nicht das Geringste zu tun; sie hat zu tun mit Macht – wer sie ausübt und wer die Welt dominieren und kontrollieren will.«

Hier sind wir – endlich – bei Alis These und der Kernaussage seines neuen Buches: Es gibt keinen »Kampf der Kulturen« wie von Samuel Huntington postu-

liert, sondern einen Zusammenprall der Fundamentalismen: »In unserer Welt stehen sich zwei fundamentalistische Strömungen gegenüber. Einerseits der religiöse, andererseits der imperialistische Fundamentalismus. Ich zeichne den amerikanischen Imperialismus vom 19. Jahrhundert bis heute nach. Da zeigt sich, dass die USA in der Verfolgung ihrer Eigeninteressen ebenso fundamentalistisch und fanatisch sind wie die islamistischen Führer.« Sei es die Erinnerung an die Vertreibung und Ausrottung der Indianer, an das Großmachtgehebe Amerikas in Lateinamerika und im Pazifik: erbarmungslos geht Ali mit »der Mutter aller Fundamentalismen« ins Gericht. Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg – eine Reaktion auf die russische Revolution – »war der erste Schritt auf dem Weg zur Weltmacht«. Schon 1924 hatte Trotzki erkannt, dass, wie er auf einer Delegiertenkonferenz sagte, Amerika »in fünfundzwanzig oder vierzig Jahren [...] mit seiner Industrie und seiner Flotte noch zehnmal besser in der Lage sein (wird), allen anderen ihr Erdöl wegzunehmen«. 1933 erklärte der pensionierte General Butler, ehemals US-Marineinfanteriekorps, reuig: »Im Rückblick glaube ich, dass ich Al Capone ein paar wertvolle Tipps hätte geben können. Er operierte bestenfalls in drei Bezirken. Ich operierte auf drei Kontinenten.«

Aus beiden Weltkriegen gingen die Vereinigten Staaten gestärkt hervor, ihre wichtigsten Konkurrenten waren geschwächt. Der Marshall-Plan und die NATO dienten laut Ali dann dazu, einen Langzeitkrieg gegen die Sowjetunion zu führen, die politische Hegemonie zu sichern und einen wirtschaftlichen Wettbewerb in Europa zu fördern, der den US-

Interessen dienen sollte. Die USA konnten die Selbstversorgung mit Rohstoffen nicht mehr gewährleisten – es mussten andere Quellen erschlossen werden, und das bedurfte der amerikanischen Vorherrschaft in den jeweils ertragsreichen Regionen – Lateinamerika, der Nahe Osten, Nigeria. Innenpolitisch führte die Rolle der USA als Weltpolizei zu einer stabilen Rüstungsindustrie, deren Produzenten sich mit den führenden Köpfen in den Streitmächten und in der Politik symbiotisch vereinten. In seiner Abschiedsrede warnte Präsident Eisenhower 1961 vor der unberechtigten Einflussnahme dieses mächtigen militärisch-industriellen Apparats.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien der Triumph des Kapitalismus perfekt. Francis Fukuyama und seinesgleichen feierten den »Sieg der liberalen Demokratie« (1989). In den 90er Jahren konnte »das amerikanische Imperium die westliche Welt von der Notwendigkeit neoliberaler Reformen« überzeugen. 1993 proklamierte Huntington den »Kampf der Kulturen«, womit endlich der neue Feind geschaffen war, den man benötigte, um den militärisch-industriellen Apparat am Laufen zu halten: der Islam.

Welchen Schaden die US-Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten angerichtet hat, ist Gegenstand mehrerer Kapitel in Alis fabelhaft geschriebenem Buch. Größte Skepsis äußert der Autor bezüglich Afghanistans: Es sei illusorisch zu glauben, die gegenwärtige Regierung könnte lange halten. Das Marionetten-Regime könnte nur überleben, wenn die US-Truppen im Land stationiert bleiben. In Pakistan, Saudi-Arabien und Ägypten erwartet er einen »Blowback«, der die Weltordnung destabilisieren könnte. Besorgt

zeigt Ali sich zudem über die durch den Afghanistan-Krieg noch weiter aufgeheizten Spannungen zwischen Indien und Pakistan sowie über die Lage in Kaschmir – Länder, auf deren historisch-politische Entwicklungen er mit viel Detailwissen eingeht.

Insbesondere das Beispiel Irak dient Ali dazu, jene Doppelmoral der USA und ihrer Alliierten aufzuzeigen, deren Salonfähigkeit Tony Blairs persönlicher Assistent Robert Cooper schon gar nicht mehr zu leugnen versucht: »Wir müssen uns an den Gedanken unterschiedlicher Maßstäbe gewöhnen.« Einst ein enger Verbündeter Washingtons, wurde Saddam Hussein zum Erzfeind. Dass der Diktator 1990 Kuwait besetzte, wo zwei Fünftel der weltweiten Ölreserven lagern, war nicht im amerikanischen Interesse – ganz im Gegensatz zu Palästina, dessen fortdauernde Besatzung die USA dulden, indem sie Israel militärisch, finanziell und politisch fördern, sagt Ali. Seit zehn Jahren bombardieren amerikanisch-britische Flugzeuge unablässig den Irak, Bomben bis zum »letzten Außenabort« gestand ein amerikanischer Regierungsbeamter. Detailliert beschreibt Ali die verheerenden Folgen der andauernden Sanktionen für die Bevölkerung. Laut UNICEF starben mittlerweile eine halbe Million Kinder aufgrund der schlechten Versorgungslage; manche Experten schätzen eine Million Tote insgesamt. Ali ist überzeugt: »Wenn Washington sich erneut zum Krieg gegen den Irak entschließt, wird sich der so genannte Krieg gegen den Terrorismus in sein Gegenteil verkehren.«

Der Autor beschäftigt sich auch intensiv mit der Geschichte des Islam. Er zeigt, dass der Islam – anders als von Huntington & Co. dargestellt – niemals

ein monolithischer Block gewesen ist und einst eine reiche Kultur besaß: »reich an Häresie, reich an Widerspruch, reich an Skeptizismus« (taz, 14.5.02). Dass diese Zeiten schon lange vorbei sind, macht Ali indes nur zu deutlich: Der Islam sei in Dogmen erstarrt und dringend reformbedürftig. In einem fiktiven Brief an einen Muslim fordert er die Muslime auf, aus ihrer Apathie zu erwachen, sich nicht mehr selbst zu bemitleiden und nicht mehr anderen – vor allem Israel – die Schuld für ihre Misere zu geben. Gleichwohl konstatiert er, dass der radikale, politische Islamismus eine direkte Folge der Politik des 20. Jahrhunderts und eine Erfindung der USA ist – eine Waffe, die sich nun gegen ihren Schöpfer richtet. Deshalb Alis Empfehlung: Der Westen solle sich im Nahen und Mittleren Osten nicht mehr einmischen, die »Hände« vom Irak lassen und den Palästina-Konflikt endlich lösen.

Die reichen Lebenserfahrungen des kosmopolitischen Linken, seine Begegnungen mit herausragenden Intellektuellen, Künstlern, Politikern oder auch pakistanischen Militärs, ebenso wie seine Gespräche mit einfachen Leuten wie etwa dem Latino-Taxifahrer im New York post 11. September, fließen in seinen informativen, provokanten, humorvollen und oft auch poetischen Text. Alis Buch ist eine brillante Streitschrift wider neoliberale Globalisierer, angepasste Medien-Hofberichterstatter, Renegaten und Apologeten, Dogmatiker, Fanatiker und Fundamentalisten. Die Bewegung der Globalisierungskritiker hat mit ihm einen eloquenten Wortführer gefunden. In einem Interview mit dem Tagesanzeiger sagte Ali: »Ich glaube an den emanzipatorischen Impuls des Menschen. Der war

in der Weltgeschichte stets vorhanden.« Diesen Glauben will man dem Anti-Dogmatiker und Atheisten wahrlich nicht nehmen.

Alexandra Senff

---

*Martii Koskenniemi, The Gentle Civilizer of Nations – The Rise and Fall of International Law 1870–1960. Cambridge University Press 2001, 569 Seiten, 65 £*

Die Kontroverse zwischen den Staaten der EU, insbesondere Deutschland, und den USA über den Internationalen Ständigen Strafgerichtshof (ISStGH) hat die sonst meist nur von Expertinnen und Experten beobachtete Szenerie des globalen »Kampfs ums Recht« in grelles Licht getaucht, deren Schatten und Konturen aber noch schwer zuzuordnen sind. Gerade in diesen gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den Nationen des alten Europa, unterstützt von nicht staatlichen, internationalen politischen Akteuren, wie amnesty international oder Human Rights Watch, sowie einer Vielzahl dekolonisierter, eher einflussloser Nationalstaaten, und den USA zeigt sich ein Spannungsfeld, das mit der imperialen Rechtsordnung, wie sie Negri/Hardt in ihrem vielgerühmten, nachhaltig kritisierten »Empire« beschreiben, wenig gemein hat. Dies gilt umso mehr, wenn man das geplante Regime des ISStGH mit anderen, durchaus anders gelagerten und auf unterschiedlicher Basis funktionierenden internationalrechtlichen Arbeitsordnungen vergleicht, wie sie die WTO (World Trade Organization) oder auch

das System internationaler Umweltverträge konstituieren. Hardt und Negri sehen internationales Recht in ihrer Studie als im wesentlichen homogenes Ganzes, das sich in einem Prozess befindet, den sie zwar als unabgeschlossen bezeichnen, dessen Ende sie aber glauben weitgehend problemlos prognostizieren zu können. Interessanterweise erwähnen sie den Rechtstheoretiker, dessen theoretischen Arbeiten über die »Legale Weltrevolution« und über die Konsequenzen der Verbindung von Moralismus und Völkerrecht sie bisweilen erstaunlich nahe kommen, Carl Schmitt, anders als einen seiner intellektuellen Gegenspieler, Hans Kelsen, nur beiläufig. Das unterscheidet den finnischen Völkerrechtler Martii Koskenniemi von dem italienisch-US-amerikanischen Autorenduo. Seine grundlegende Studie über »Rise and Fall of International Law 1870 bis 1960« setzt sich gerade mit den Bruchpunkten und Konfliktlinien des internationalen Rechts auseinander und zeigt, dass gegenwärtig die Chance, durch die Weiterentwicklung des internationalen Rechts die Beziehungen der Staaten zueinander zu gestalten, denkbar klein ist: »Maybe it's now a time to listen and to learn« ist daher das Resümee seiner von Rechtswissenschaftlern bereits überaus positiv rezipierten Arbeit, die jedoch mehr ist als ein auf historische Entwicklungen beschränktes Werk für Völkerrechtsexperten oder solche, die es werden wollen. Koskenniemi gelingt es wie wenigen Wissenschaftshistorikern, den Gegenstand seiner Betrachtungen in den sozialen, politischen und vor allem philosophischen Zusammenhang der Zeit einzubetten und damit eine Perspektive zu eröffnen, die weit in die Zukunft weist.



Der finnische Wissenschaftler, der in Helsinki und New York lehrt, zeichnet in dem bemerkenswert gut lesbaren Band minutiös nach, wie sich das internationale Recht und die Wissenschaft im Westen in den letzten 130 Jahren entwickelt haben. Um den Ausgangspunkt der neuzeitlichen Entwicklung zu klären, in der sich die Theorie der Souveränität im Umbruch befindet, richtet er sein besonderes Augenmerk auf das Zusammenspiel von europäischer Kolonialpolitik und Rechts-Debatte. Am Beispiel der souveränen Republik Kongo, die vom belgischen König Leopold II. mit Hilfe anderer europäischer Mächte im ausgehenden 19. Jahrhundert errichtet wurde, sieht Koskenniemi die Hoffnung der europäischen Völkerrechtler auf die zivilisierende Wirkung der staatlichen Souveränität – angesichts der systematischen Ausplünderung und des staatlichen Terrors, die die Wirklichkeit des am grünen Tisch geschaffenen Nationalstaats bestimmt –, in die Krise geraten. Als Konsequenz gewannen gerade in der Debatte der liberalen Rechts-Theoretiker das internationale Recht und die internationale Gemeinschaft an Bedeutung, die sich nun die Aufgabe stellen sollen, Afrika zu zivilisieren. »That most international lawyer enthusiastically welcomed decolonization was completely conditioned by their interpretation, that this meant the final universalization of Western forms of government.« Koskenniemi läßt keinen Zweifel daran, dass er, so wenig ihm Menschenrechte als etwas Relativierbares erscheinen, die missionarische Verbreitung wie guter Rechtsideen auch immer, ablehnt: Rechtsentwicklung und -anerkennung, so seine Überzeugung, verlangen Diskussion und die Freiheit, die vor-

geschlagenen Wege vor Ort zu überprüfen.

Im Zentrum von Koskenniemis wissenschaftshistorischer Arbeit steht aber die Auseinandersetzung zwischen Carl Schmitt – in dessen 1950 erschienener Schrift »Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum« die Kritik am US-amerikanischen Imperialismus und an der Freihandelsideologie eine zentrale Rolle einnimmt – und Hans Morgenthau. Dieser in die USA emigrierte jüdische Rechtsgelehrte entwickelte in seiner Doktorarbeit Schmitts Konzept des Politischen weiter, ist aber in seiner wenige Jahre später verfassten Habilitationsschrift dem Denken Kelsens, der ihn auch förderte, verpflichtet. Koskenniemi arbeitet heraus, daß sowohl Schmitt als auch Morgenthau als konservative Theoretiker der liberalen Schule kritisch gegenüberstanden und den formal ausgetragenen Konflikt, wie es früher der Krieg war, durch ein rationales Management der internationalen Gemeinschaft ersetzen wollen. Diese Entpolitisierung, so ihre Sichtweise, nutze im wesentlichen den Großmächten, vor allem den USA, die dadurch ihre herausgehobene Stellung absichern könnten. Auch dem Einsatz moralisierender und legalistischer Argumente im »internationalen Konfliktmanagement« standen Morgenthau und Schmitt kritisch gegenüber, weil so die »friedliebenden Nationen« sich in einen permanenten Gegensatz zu den »kriminellen Staaten« setzen würden. Schmitt zieht aus seiner Kritik an der Entwicklung des Völkerrechts nach dem zweiten Weltkrieg den Schluß, dass sich ein neues Weltrecht herausbilde, das einzig und allein dem Zweck diene, den bipolaren Nomos, die Teilung des Welt-Raums

unter zwei Supermächten abzusichern und ihre Handlungsmöglichkeiten zu vergrößern. Morgenthau dagegen führte seine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem funktional interpretierten Internationalen Recht nach 1940 nicht weiter. Er konzentrierte sich auf die Analyse der internationalen Beziehungen und wurde einer der maßgeblichen Theoretiker dieser neuen, vor allem im anglo-amerikanischen Raum wichtigen Disziplin. Koskenniemi interpretiert diesen Wechsel des wissenschaftlichen Betätigungsfelds als Weigerung, Recht nur in den Kategorien von Machterhalt zu sehen. Obwohl er dem internationalen Recht und den enormen Hoffnungen, die viele Völkerrechtler in die UNO setzten, skeptisch gegenüberstand, beharrte er in den nunmehr seltenen Veröffentlichungen zum internationalen Recht auf dessen Doppelcharakter. Dieses enthalte immer auch ein, wenn auch nur schwaches Moment, das dazu führe, dass auch einer überlegenen Macht Grenzen gezogen werden könnten.

Koskenniemi, der Morgenthaus Position mehr abgewinnen kann als derjenige Schmitts, weil er die Hoffnung auf die Möglichkeit teilt, Gewalt durch Recht zu bändigen, reflektiert in seinem abschließenden Epilog die gegenwärtige Lage des internationalen Rechts überaus skeptisch und grundlegend. Vor allem die Konstruktion des abstrakten Subjekts als Träger universeller Menschenrechte sieht er als problematisches Konzept: Nicht nur weil damit ein Ansatzpunkt für Disziplinierungstechniken des Westens gegenüber dem Rest der Welt geschaffen werden, sondern, viel grundlegender, weil darin die Botschaft enthalten ist, dass ein Gegenüber nur anerkannt wird, wenn es so

beschaffen ist, dass, wie Koskenniemi schreibt, »I may think of you as I think of myself«. Auch in diesem letzten Abschnitt gibt Koskenniemi die Vision eines Internationalen Rechts, das Macht eingrenzen kann, indem es Rechte und Pflichten begründet, nicht auf. Universelle Emanzipation, Frieden und sozialer Fortschritt müssen zwar als regulativ wirkende Ideale gesehen werden, sie sind aber nicht nur das, sondern liefern auch die gedankliche Basis für die Überzeugung, dass es wichtig ist, die regulierende Macht einzugrenzen.

Oliver Tolmein

---

*Bruno Kartheuser: Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy. Einblick in das Netzwerk der reichsdeutschen Subversion. edition Krautgarten orte, Neundorf 2001, 176 S., 960.– BEF.*

SEIT den wegweisenden historisch-anthropologischen Studien von Hans Medick verfügen wir über ein solides Rüstzeug, das es uns gestattet, Lokalgeschichte als Allgemeingeschichte wahrzunehmen, zu schreiben und zu beurteilen. Von den kaum mehr überschaubaren orts- und regionalgeschichtlichen Neuerscheinungen werden nur wenige den damit verknüpften methodischen Ansprüchen gerecht. Eine solche rühmliche Ausnahme ist hier wieder einmal anzuzeigen. Wir verdanken sie dem belgischen Philosophen und Schriftsteller Bruno Kartheuser, der die Geschichte der deutschen »Volkstumspolitik« im Brennspegel der belgischen Ostkantone Eupen-Malmedy rekonstruiert hat. Die Präsentation der

dabei erarbeiteten Untersuchungsergebnisse ist um so bewundernswerter, als sie nicht auf den methodischen Reflexionen eines erfahrenen Berufshistorikers aufbaut, sondern in der Auseinandersetzung mit der Thematik zu wichtigen allgemeingeschichtlichen Aussagen gelangt.

Aber auch der Ausgangspunkt der Studie ist ungewöhnlich. Kartheuser wollte das biographische Profil eines aus Ostbelgien stammenden NS-Täters namens Walter Schmalld rekonstruieren, von dem es hieß, er sei von der französischen Résistance auf sadistische Weise ermordet worden, nachdem er sich am 9. Juni 1944 an einem Massaker der SS-Division »Das Reich« beteiligt hatte, bei dem in Tulle im französischen Département Corrèze 99 männliche Einwohner gehängt worden waren. Bei der Aufklärung dieses lokalen Mythos – der Hilfsapotheker und SD-Offizier Schmalld war nach der Feststellung seiner Verantwortung für die Auswahl der Mordopfer und die anschließende Deportation weiterer 500 Einwohner von der Armée Secrète standrechtlich erschossen worden – stellten sich Kartheuser weitere Fragen, die ihn über diesen Ausgangspunkt weit hinaus führten. Indem er sich mit ihnen in einer methodisch offenen Recherche auseinandersetzte, entstand der erste Teil einer Studie. In ihm wird der individuelle Werdegang des biographischen Objekts mit jener »zweiten Wirklichkeit« der belgischen Ostkantone in Beziehung gesetzt, die seit den zwanziger Jahren durch die deutsche »volkstumpolitische« Subversion geprägt war.

In sie war Schmalld vielfältig eingebunden, ohne jedoch durch besondere Aktivitäten aufzufallen. Nichts weist darauf hin, daß er zu dem späteren Kriegsver-

brechen durch besondere individuelle Merkmale prädestiniert gewesen wäre (S. 10). Es war vielmehr seine Sozialisation in den durch die deutsche »Volkstumspolitik« unterwanderten ostbelgischen Kantonen, die alle Lebensbereiche durchdrang und Schmalld wie Tausende andere nach dem emphatisch begrüßten Einmarsch der Wehrmacht am 10. Mai 1940 zum loyalen Helfer und Vollstrecker der Expansionspolitik des deutschen Faschismus werden ließ. Zu dieser Erkenntnis kommt Kartheuser, indem er die Biographie Schmallds vor dem Hintergrund des »Volkstumskampfs« rekonstruiert (S. 14). Der spätere Mittäter des Massakers von Tulle wuchs in einer Gesellschaft auf, in der sich hinter den vordergründig so harmlosen Alltagswelten einer ländlich-kleinstädtischen und katholischen Region mit ihren knapp 60.000 Einwohnern eine zweite Wirklichkeit etabliert hatte, die von der getarnten völkischen Irredenta vollständig besetzt war.

Das irredentistische Geschehen unter der Oberfläche des öffentlichen Lebens von Eupen-Malmédy wurde durch reichsdeutsche Koordinationsstellen gesteuert. Ihre ersten Aktivitäten gehen schon auf das Jahr 1920, die Zeit der Volksbefragung über die im Versailler Vertrag festgelegte Abtretung an das Königreich Belgien, zurück. Ihr erstes Zentrum hatten sie in der preußischen Provinzialverwaltung in Köln, das in der von dem Agrarökonomen und Zentrumspolitiker Franz Thedieck geleiteten Abwehrstelle des Preußischen Innenministeriums gegen den Separatismus im Rheinland und in den »verlorenen Gebieten« untergebracht war. Später wurde die Steuerung der »Deutschtumsarbeit« in Eupen-Malmédy aus der öffentlichen Verwaltung her-

ausgelöst und Thedieck in Personalunion als »Sonderbeauftragtem« des *Vereins für das Deutschtum im Ausland* (VDA, seit 1933: *Volksbund für das Deutschtum im Ausland*) übertragen (S. 31 ff.). 1931 kam es unter Thediecks Regie zu einer Intensivierung dieser Subversionspraxis, die nach 1933 reibungslos im Kontext der NS-Bewegung fortgeführt wurde. Die wissenschaftlichen Exponenten der »Westforschung« (Franz Steinbach, Walter Geisler und andere) betrieben allerdings bald einen Paradigmenwechsel, der die bislang eher defensive »Deutschtumsarbeit« in den Dienst einer offensiven Annexionspolitik stellte. Das Thediecksche Netzwerk, das inzwischen alle Bereiche des ostbelgischen gesellschaftlichen Lebens umspannte, wurde nun zusätzlich von einer geheimen »Abteilung G« des NSDAP-Abschnitts Nordwest für »Westforschung und Grenzlandarbeit« unterstützt, die der Arzt Wolfgang Ispert leitete und dem NSDAP-Reichsinspekteur sowie späteren Landeshauptmann der Rheinprovinz Heinz Haake unterstand. Unter Isperts Regie kam es dann 1936/37 auch zur Kooperation mit dem Sicherheitsdienst der SS, und damit war der Vernetzungsprozeß der »Westarbeit« abgeschlossen.

Mit diesem Netzwerk der etwa 100 Planer und Koordinatoren, das schließlich fast 40 staatliche, verbandspolitische und private Stellen umfaßte, standen mehrere Tausend Aktivisten und Anhänger der Irredenta von Eupen-Malmédy regelmäßig in Kontakt. Ihre Tätigkeit war so umfassend, daß sie die spätere militärische »Rückgliederung« des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens teilweise vorwegnahm. Beispielsweise schloß sich der »Landwirtschaftliche Ver-

band«, der mit seiner Zentralmolkerei und Darlehenskasse das wirtschaftliche Rückgrat Eupen-Malmédys darstellte, schon 1926 dem Rheinischen Bauernverband an, nachdem der VDA die Finanzierung seiner Verwaltungszentrale übernommen hatte (S. 51 ff.). In diesem Jahr wurde in St. Vith, dem Geburtsort Schmalds, auch der »Heimattbund« gegründet, der die wirtschaftliche Sezessionsarbeit seither auf der kulturellen Ebene ergänzte. Drei Jahre später entstand schließlich mit der »Christlichen Volkspartei« das parteipolitische Pendant der »Heimattreuen«, das dann 1936 mit seiner Umbenennung zur »Heimattreuen Front« seinen Nazifizierungsprozeß abschloß und sich intern der NSDAP-Gauleitung Köln-Aachen unterstellte (S. 55 ff.). Alle diese Institutionen hingen bis zum Überfall am 10. Mai 1940 am Finanztropf des Amts Thedieck. Es gelang ihnen nicht nur, den militärisch-politischen Annexionsakt vorwegzunehmen, sondern vor allem im Rahmen der Jugendarbeit »die stärkste Indienstnahme und Fanatisierung unter allen Generationen« (S. 78) zu erzielen. Das war das Ergebnis einer »ruhige(n) und vorsichtige(n), auf lange Sicht arbeitende(n) Deutschtumspolitik« (Thedieck 1934), die dramatisch in das Schicksal der Jugendlichen eingreifen sollte. Ihre Karrieren führten sie von der Erfahrung des militärischen Triumphs in den Kommandoeinheiten der Wehrmacht-Abwehr und des SD zur Teilnahme an den Kriegsverbrechen gegen den europäischen Widerstand, aber sie hatten dafür einen hohen Preis zu zahlen. 39 Prozent aller ostbelgischen Einberufenen kehrten nicht mehr aus dem Krieg zurück, 3400 waren tot oder galten als vermißt.

Der »volkstumpolitische« Lokalfall Eupen-Malmédy ist Allgemeingeschichte, weil die »Deutschtumsplaner« aller Schattierungen die belgischen Ostkantone seit den zwanziger Jahren als Experimentierfeld für ihre revisionistischen Ambitionen ansahen. Kartheuser hat diesen Kristallisationspunkt untersucht und dabei Zusammenhänge erkannt, die wir in den großen historisch-sozialwissenschaftlichen Studien zum Thema noch vermissen: Die Beziehungen zwischen Planung und Aktion, zwischen den konzeptionellen Veränderungen und der Entwicklung der institutionellen Strukturen; die Analyse der gesellschaftspolitischen und mentalen Auswirkungen der Subversion in den Orten der Irredenta; der Blick auf die unheimlich geräuschlose Radikalisierung der »Volkstumspolitik«, die die gesamte Zwischenkriegszeit umspannte und durch die großen politischen Zäsuren kaum tangiert wurde. In gewisser Hinsicht gilt dies auch für die Nachkriegszeit. Franz Thedieck, der seit 1940 seine »Deutschtumsarbeit« beim Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich fortgesetzt hatte, avancierte Ende 1949 zum Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und profilierte sich in den fünfziger und frühen sechziger Jahren als graue Eminenz des DDR-Anschlusses.

*Karl Heinz Roth*

*Moshe Zuckermann (Hg.): »Zwischen Politik und Kultur«. Juden in der DDR, Wallstein Verlag, Göttingen 2002, 246 Seiten, 20,00 EUR*

**D**IE Westdeutschen könnten, wenn sie es denn wollten, aus diesem Buch etwas lernen: wie Teilnehmer einer Tagung der Universität in Tel Aviv mit einem untergegangenen, gar kommunistischen Land umgehen – mit der DDR. Diese Westdeutschen, die früher einmal von denen »drüben« als ihre »Brüder und Schwestern« sprachen, waren – und sind bis heute – mehrheitlich nicht dazu imstande, sich der Geschichte der DDR behutsam und interessiert zu nähern.

Es geht um deutsche Juden, die nach 1945 aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrt sind, aus der UdSSR oder den Ländern der westlichen Alliierten. Weshalb kamen sie? Wurden sie gerufen, gebeten zurückzukehren? Von Westdeutschland gewiss nicht – da war man froh, die lästige Konkurrenz los zu sein. Am 21. August 1945 schrieb Hermann Broch aus Princeton an Volkmar von Zühlendorf: »[...] die ganze Umstellung kann erst dann als gelungen bezeichnet werden, wenn das deutsche Volk – ein paradoxer, doch nicht ganz ausgeschlossener Fall – die Juden selber zurückrufen würde«. Doch es rief keiner.

Auch aus dem Osten nicht – sie kamen einfach in die SBZ, die spätere DDR: Ernst Bloch zum Beispiel, Wolfgang Heise, Hanns Eisler, Paul Dessau, Arnold Zweig, Stefan Hermlin, Anna Seghers, Jurek Becker und Stefan Heym, Hans Mayer, Thomas Brasch, Walter Felsenstein, Helene Weigel – und die Familie Friedrich Wolf mit den Söhnen Mar-

kus und Konrad, aus Moskau. Ein Musikwissenschaftler wie Ernst Hermann Meyer hatte sogar Mühe, in Berlin jemanden zu finden, der mit dem Rückkehrer aus London etwas anfangen konnte.

Noch heute ist man von dem Schicksal dieser ersten Remigranten-Generation heftig angerührt, von ihren Erwartungen, Hoffnungen, von ihrem Aufbruchwillen, vor allem aber ihrer Entschlossenheit, ein anderes, besseres Deutschland aufzubauen, das weder dem Kaiserreich, noch der Weimarer Republik und schon gar nicht Hitlers Reich ähnelt. Es geht hier nicht um eine Verherrlichung der SBZ oder DDR, sondern um den Willen der jüdisch kommunistischen Rückkehrer, es besser zu machen, und um die trostlose Enttäuschung, dass das nicht gelang, aber auch von dem Unvermögen der meisten dieser Menschen, von dem einmal eingeschlagenen Weg abzuweichen. Wohin hätten sie, wenn sie nicht so berühmt waren wie Bloch, aus der DDR wohl auch hingehen sollen? In das blindwütig antikomunistische Westdeutschland des Kalten Krieges etwa? »Ich kann aber nicht nach Westen ausweichen – der ist mir noch zuwiderer«, schrieb Victor Klemperer 1952 in sein Tagebuch.

Das Institut für deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv beschäftigte sich auf einer Tagung im November 2000, auf der Israelis, Amerikaner, Briten und Deutsche ihre Thesen vortrugen, mit diesem Thema. Nun liegen diese Beiträge als ein Buch vor, das jedem zum Lesen empfohlen sei. Alle diese Fragen sind ein vor allem für Israelis heikles Thema, denn die staatsoffizielle Ausrichtung der DDR gegenüber Israel war, woran Zuckermann in seinem Vorwort erinnert, »ab einem bestimmten Zeitpunkt antago-

nistisch, wenn nicht gar feindlich geprägt«, ab Ende der fünfziger bis in die achtziger Jahre hinein. Mit diesem »ambivalenten Verhältnis« der Juden in der DDR zum Staat Israel – gleich nach dem Kriege waren es gerade einmal geschätzte 3.500, dann immer weniger – beschäftigt sich der erste Beitrag von Angelika Timm. Zum einen kannte die offizielle DDR nach 1945 kaum ostdeutsche Schuldige, östlich der Elbe lebten für sie die Opfer, westlich die Nazi-Täter, zum anderen wollte sie mit Hilfe auch der gegenüber dem einen Israel vielen arabischen Staaten die Isolation der Hallstein-Doktrin durchbrechen, aber auch anti-imperialistisch argumentieren. 1967 zum Beispiel veröffentlichten zehn jüdische SED-Mitglieder eine Erklärung zum Sechstagekrieg: »Es ist die Tragik der jüdischen Bevölkerung Israels, dass die Machthaber dieses Staates eine Politik betreiben, die sich in den Dienst der strategischen Interessen imperialistischer Großmächte am Suezkanal und an den arabischen Ölquellen gestellt hat.« Das hört sich ziemlich aktuell an. Erst Mitte der achtziger Jahre entspannte sich das Verhältnis der DDR zu Israel.

Mario Kessler beschäftigt sich mit dem Antisemitismus in der SED in den Jahren 1952/53, der allerdings nicht zu Exzessen wie in der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei führte, auch am 17. Juni 1953 noch nicht einmal andeutungsweise.

Karin Hartewig untersucht die sogenannte Loyalitätsfalle: Zionismus oder Kommunismus, anfänglich für deutsche Juden keine Attraktionen, seien am Ende der Weimarer Republik für sie dann doch die Alternativen gewesen, wenn sie sich politisch engagieren, die Nazis bekämp-

fen wollten. Diese »biographische Weichenstellung« habe ein starkes Motiv zur Rückkehr nach Deutschland enthalten, zur Rückkehr in die Ostzone. Später, als alle Illusionen verflogen waren, entschieden sich nur wenige, die DDR zu verlassen: »Welch übergroßer Anstrengung es bedurft hätte, die Loyalität zur DDR und zur eigenen Partei aufzukündigen, konnten am Ende auch diejenigen errahnen, die den zweiten deutschen Staat stets mit Argwohn betrachtet hatten«, schreibt Karin Hartewig.

An der Biographie des Schauspielers Gerry Wolf demonstriert Wolfgang Herzberg die kollektive Erfahrungsgeschichte jüdisch-deutscher Remigranten: »Sie identifizierten sich [...] viel mehr mit Deutschland und der deutschen Kultur und später mit marxistischer Gesinnung, mit DDR-Geschichte und DDR-Kultur als mit jüdischer Gemeinschaft, Religion und Kultur«.

Cora Granata von der California State University untersucht die Erinnerungen von Juden an Antisemitismus in der DDR, stellt indes fest, dass der Sozialismus in den fünfziger Jahren wichtiger war als die jüdische Identität. Aber Probleme ergaben sich auch daraus, dass viele Juden Westemigranten gewesen waren und deshalb vielfach Misstrauen begegneten, obwohl sie doch in die DDR und nicht nach Westdeutschland gekommen waren.

Die Frauenforscherin Barbara Einhorn von der University of Sussex interessiert sich für die Frage nach »Nation und Identität«, nach Menschen, die zweimal emi-

grierten, Menschen, deren nationale Identität ihnen einmal offiziell abgesprochen worden war. Vor 1933 bestimmte die Tatsache, dass sie Deutsche, nicht aber dass sie jüdischer Herkunft waren, ihre Identität. Als Juden mussten sie fliehen – die Frauen erkannten das früher und öfter als die Männer. Später waren es aber die Frauen, die zögerten nach Deutschland zurückzukehren, es schließlich aber doch taten, um so etwas in Zukunft zu verhindern. Dort ersetzte dann die SED die verlorene Heimat.

Im letzten Teil des Buches beschäftigen sich sieben Autoren mit DDR-Schriftstellern, Filmemachern und Musikern: Stephan Bräse mit Stefan Heyms »Ahasver«; Alfred Bodenheimer mit Antisemitismus und Judentum im Spätwerk Arnold Zweigs; Frank Stern mit »real existierenden Juden im DEFA-Film«; Sander L. Gilman mit der »kulturellen Opposition in der DDR«, die er am »Fall Jurek Becker« nicht gerade zwingend abzuhandeln versucht; Steven Aschheim in einem ausgezeichneten Essay über Victor Klemperer in seinen DDR-Jahren bis 1959; Gad Kaynar – etwas außerhalb des Leitthemas des Buches – mit Thomas Braschs Theaterstücken *Lovely Rita* und *Rotter*, mit »Jüdischen Perspektiven zur Darstellung deutscher Nicht-Identität«, die aber nicht so recht erkennbar sind; und schließlich Hans-Jürgen Nagel überwiegend biographisch mit Paul Dessau und Hanns Eisler zum Thema Musik und Politik, mit *politischer Musik*.

Ein spannendes und analytisches Buch.

Heinrich Senfft